

Wenn der vermeintliche Segen zum Fluch wird

Referat von Christian Levrat, Nationalrat SP/FR

ZHAW, Winterthur. Steuerwettbewerb: Fluch oder Segen, 25.11.2010

Wer gut verdient und nicht in Freienbach oder Hergiswil sondern in Winterthur, Bern, Fribourg oder Genf wohnt, muss sich regelmässig fragen lassen: „Wie kommen Sie dazu, freiwillig darauf zu verzichten, Steuern zu sparen?“ Wieso nicht von einer innerschweizerischen Steueroase in die Grossstadt zur Arbeit pendeln? Wer beispielsweise mit einem steuerbaren Einkommen von 500'000 Franken von Zürich nach Freienbach zieht, kann immerhin die Steuerrechnung (inklusive die gleichbleibende Bundessteuer) von 183'000 Fr. auf 93'000 Fr. halbieren. Die angenehmen Seiten der Metropole mit höheren Löhnen, Kultur und allem was dazu gehört, erhält man in der kleinräumigen Schweiz ja quasi gratis mitgeliefert. Und der Arbeitsweg kann dann auch noch von der Steuern abgesetzt werden.

Doch ist diese Form des föderalen Steuerkrieges wirklich der fiskalpolitische Königsweg wie uns die laufende Kampagne der bürgerlichen Parteien und *economiesuisse* dieser Tage glauben machen will? Nein. Was die Kantone nun seit Jahren und trotz NFA immer unverfrorener betreiben, ist ein Nullsummenspiel. Und es verlieren längerfristig alle, mit Ausnahme ein paar weniger mobiler superreicher Steuernomaden, die mit der Karawane immer weiterziehen, wenn eine neue Oase mit noch tieferen Steuersätzen lockt. Es verlieren die Kantone und Gemeinden, weil das Spiel nie zu Ende ist und immer noch eine neue Senkungsrunde ansteht. Die Folge ist eine Umverteilung der Steuerlast von mobilen und reichen Steuerzahlern auf den immobilen Mittelstand und gleichzeitig von kleinen, attraktiv gelegenen Gemeinden und Kantonen hin zu den grossen Zentrumsantonen.

Zulasten der Zentren

Geradezu symbolisch ist, dass mitten in der Abstimmungsdebatte über die Initiative das Schwyzer Steuerparadies Wollerau seine Steuern für nächstes Jahr erneut auf ein Allzeittief gesenkt hat. Wer jetzt argumentiert, das sei halt Föderalismus pur und ein harmonisierender Eingriff wäre des Teufels, macht es sich zu einfach. Diese Dumpingstrategie namentlich in Schwyz, Zug, Nid- und Obwalden, Uri sowie den beiden Appenzell ist nämlich nur möglich, weil die ländlichen Kleinkantone die Zentrumsleistungen der urbanen Kantone wie Zürich mit nutzen, ohne dass diese genügend abgegolten werden.

Die Steuern in den Zentren und den Randregionen steigen, während sich die Tiefsteuerkantone wie Maden im Speckgürtel der Grossstädte einnisten und mit den entsprechenden Privilegien die gutbetuchten Steuerzahler und Steuerzahlerinnen abwerben. Besonders grotesk wird diese Entwicklung, wenn Kantone wie Obwalden oder Appenzell, die von Finanzausgleich profitieren, anschliessend den grossen Geberkantonen mit

Steuersenkungen die Steuerzahler weglocken. Nicht überraschend ist ein immer schärferer Ton zwischen den Kantonen und insbesondere zwischen den Gebern und Nehmern des Finanzausgleichs die Folge.

Nehmen wir den aktuellen Streit zwischen Luzern und Schwyz um die Finanzierung des Verkehrshauses. Die zuständige Zuger Kantonsratskommission sperrt sich gegen die Pläne der Zuger Regierung weiterhin 100'000 Franken ans Verkehrshaus zu zahlen. Nicht weil ihnen das Geld fehlen würde, sondern weil sich Luzern in Steuerfragen „nicht solidarisch verhält“ und aus Zuger Sicht eine „aggressive Tiefsteuerpolitik“ verfolgt.

Der Finanzausgleich funktioniert nicht

Auch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) hat diesen unsäglichen Trend bisher nicht bremsen, geschweige dann umzukehren können. Noch länger zuzuwarten, ob sich das mit dem NFA noch ändert, wäre naiv. Und darum setzt die SP auf die Steuergerechtigkeitsinitiative.

Denn trotz der heiligen Kuh namens Steuerföderalismus kann es den Zürchern, Freiburgern oder Bernern nicht einfach egal sein, was in Schwyz oder Zug geschieht. Denn die Personen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen sind nun einmal auch sehr mobil. Die Bodenpreis und die Mieten haben in den letzten Jahren in diesen begehrten Tiefsteuer-Gemeinden aber exorbitante Niveaus erreichten.

Gemäss dem Immobilienmonitoring von Wüest & Partner sind insbesondere in diesen steuergünstigen Hotspots die Transaktionspreise für Wohnungen zwischen 2000 und 2010 um mindestens 80 Prozent gestiegen. Eine solche Wohnlage können sich nur noch die wirklich gut Betuchten leisten und teilweise werden tiefere und mittlere Einkommen bereits aus diesen Kantonen verdrängt. Alles läuft auf eine „Seefeldisierung“ an den Ufern des Zuger Sees oder Sarnensees hinaus.

Darum sollen auch nur sie – jene mit steuerbaren Einkommen über 250'000 Fr. (ledig) bzw. über 420'000 Fr. (verheiratet) und steuerbarem Vermögen über 2 bzw. 4 Millionen Franken in allen Kantonen einen Mindestgrenzsteuersatz bezahlen. Und diese Mindestwerte von 22% bei den Einkommenssteuern und 0,5 Prozent bei den Vermögenssteuern sind mit Absicht so moderat gewählt.

Dass die betroffenen rund 1% der Steuerpflichtigen nur einen beschränkten Anreiz haben dürften deswegen ins Ausland abzuwandern, lässt sich mit Zahlen leicht belegen: Nur Monaco und verschiedene osteuropäischen Staaten wie Bulgarien und die Slowakei kennen noch attraktivere Steuerkonditionen für natürliche Personen. Hinzu kommen die äusserst tiefen Unternehmenssteuern, die seit Jahren zur Verlagerung von Konzern- und Europazentralen in die Schweiz führen und nicht zuletzt noch die mit Abstand tiefsten Mehrwertsteuern in Europa. Wer gerne London als Alternative nennt, vergisst die neue Spitzensteuersätze im finanziell angeschlagenen Grossbritannien von 50% für die obersten Einkommensklassen.

Mehr Effizienz oder einfach leere Kassen?

Wenn von den Anhängern des grenzenlosen Steuerwettbewerbs geschwärmt wird, wie dank dem totalen Steuerwettbewerb die einzelnen Staaten, Kantone und Gemeinden endlich zur erwünschten Effizienz finden würden statt Geld zu verschwenden, so ist das eine verzerrte Sichtweise. Wer die staatlichen Körperschaften durch eine Kaskade von Steuersenkungen zu immer schlankeren Institutionen trimmen will, verfolgt noch ein ganz anderes Ziel.

Dazu ist ein Blick zurück notwendig, um zu sehen, was steuerpolitisch hierzulande passiert ist: In den letzten 10 Jahren wurde die Erbschaftssteuer wie in einem Dominospiel in fast allen Kantonen abgeschafft. Und zwar immer mit dem gleichen Argument, dass sonst die Reichen in die Nachbarkantone abziehen würden. Und schon bald danach wurde die Handänderungssteuer attackiert und in vielen Kantonen ebenfalls gestrichen. Eine Einführung von Kapitalgewinnsteuern, also Gewinne durch Aktienwertsteigerungen, wie das alle anderen Länder kennen, wurde und wird hingegen kategorisch abgelehnt. Dafür wurden die Steuerprivilegien für Holdinggesellschaften ausgebaut. In zwei Unternehmenssteuerreformen wurden die Kapitalsteuern, also die Steuern auf Eigenkapital einer Kapitalgesellschaft, und die Gewinnsteuern drastisch reduziert. Obendrauf wurden die Steuern auf Dividenden für Grossaktionäre halbiert. Im Rahmen des internen Steuerwettbewerbs wurden in fast allen Kantonen Vermögens- und Einkommensteuern im obersten Segment stark gesenkt. Deshalb betrifft die Vorgabe einer Mindestvermögensbesteuerung in der Steuergerechtigkeitsinitiative mittlerweile 16 Kantone ganz oder teilweise. Bei der Lancierung waren es erst sechs.

Der Soziologe Ulrich Beck sieht in dieser international feststellbaren „Steuerschwund“-Entwicklung eine Konsequenz der Globalisierung; aber nicht weil es wie ein Naturgesetz unvermeidbar wäre immer mehr zu sparen, sondern weil der „lean state“ en vogue ist. Der deutsche Ökonom Peter Bofinger hat dafür den Begriff der „Entstaatlichung“ geprägt. Dem Staat werden die finanziellen Ressourcen so massiv reduziert, dass auch seine Möglichkeiten, die Zukunft aktiv zu gestalten, verloren gehen.

Gerne wird dazu das Bild des Staates als Antagonist zu seinen Bürgerinnen und Bürgern und als steuerfressendes Monster gepflegt. „Mehr Freiheit - weniger Staat“ war bereits in den Reagan-Thatcher-Deregulierungsjahren das Motto der FDP und gerne würde man in bürgerlichen Kreisen diese Zeit wieder aufleben lassen – und damit versuchen die ordnungspolitischen Sündenfälle seit dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wieder vergessen zu machen. Vergessen geht dabei gerne die zentrale Tatsache, dass ohne den Staat mit seinen Leistungen gar nicht alle Bürgerinnen und Bürger überhaupt in den Genuss dieser Freiheit kommen können.

Die BürgerInnen haben Erwartungen

Und das ist meines Erachtens der entscheidende Punkt und die Schlüsselfrage bezüglich der Lehren aus dieser Krise: Braucht es jetzt einen Staat, der sich wegen fehlender Mittel aus immer mehr Kernaufgaben zurückziehen muss, der auf dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und den Sozialstaat verzichten muss? Oder haben wir nicht vielmehr gelernt, dass es einen Staat braucht, der das Fundament für die kommenden Generationen legen kann und vor allem auch eingreifen kann, wenn sich die Privatwirtschaft wieder einmal verzockt, verkalkuliert oder anderweitig vertan hat?

Für mich als sozialdemokratischer Politiker ist die Antwort klar. Und darum braucht es auch einen fairen Steuerwettbewerb mit Leitplanken, damit der aktive und gesunde Staat zu finanzieren ist. Nur ein handlungsfähiger Staat kann zudem die Leistungen erbringen, die eine breite Bevölkerung von ihm erwartet. Und wenn diese Erwartungen erfüllt werden, ist auch die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sehr wohl bereit, mit den Steuern ihren Beitrag zu leisten.

Das gilt wahrscheinlich selbst für jene wohlbetuchten Prominenten, die in den vergangenen Wochen in einer konzertierten Aktion versucht haben, mit plumpen Wegzugsdrohungen den Ausgang der Abstimmung über die Steuergerechtigkeitsinitiative zu beeinflussen. Und wenn nicht, dann könnten sich diese reichsten Schweizerinnen und Schweizer ja vielleicht an Warren Buffett und seinen Freunden des neu gegründeten Clubs der „Patriotischen Millionäre für fiskale Stärke“ orientieren.

Diese 40 Personen in diesem Club mit einem Jahreseinkommen von je über 1 Million Dollar drängen US-Präsident Barack Obama, er solle die Steuersenkungen für die Topverdiener, die sein Vorgänger George W. Bush eingeführt hat, wieder aufheben. In einem Fernsehinterview, das diesen Samstag landesweit in den USA ausgestrahlt wird, erklärt Buffett: „Leute wie ich am obersten Ende der Einkommensskala sollten deutlich mehr Steuern zahlen und wenn überhaupt müssen die Steuern für tiefere und mittlere Einkommen gesenkt werden“. Diese Art von Patriotismus habe ich bei Herrn Schindler leider vermisst, als er vor ein paar Tagen mit dem Wegzug von Hergiswil ins Ausland drohte.